
**Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Göttinger-LINKE
Fraktionen, PIRATEN und PARTEI-Ratsgruppe,
und Torsten Wucherpfennig im Rat der Stadt Göttingen**

Antrag für den Rat am 15. September 2017

Göttingen, 14. September 2017

- Austauschvorlage -

Seenotrettung ist kein Verbrechen

Stadt Göttingen solidarisiert sich mit Seenotrettungsorganisationen

Immer weniger Geflüchtete schaffen es nach Europa. Neben der Schließung der Balkanroute ist hierfür maßgeblich auch die Schließung der Fluchtroute aus Libyen über das zentrale Mittelmeer durch die EU und die sogenannte libysche „Küstenwache“ verantwortlich. Dennoch sterben fast täglich Menschen bei dem Versuch, dem Elend in Libyen zu entkommen auf dem Mittelmeer – mehr als 2.300 Menschen waren es allein bis Juli 2017.ⁱ

Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Die NGOs auf dem Mittelmeer helfen dort, wo die europäischen Staaten sich nicht zum Schutz von Menschenleben durchringen können. Sie leisten damit eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe. Mit der Behinderung dieser Organisationen wird Völkerrecht gebrochen und die Werte der Europäischen Union missachtet. Das Elend der Geflüchteten wird nicht gelindert, sondern das Sterben im Mittelmeer in Kauf genommen und das Leid in Libyen vergrößert.

„Göttingen ist bunt, weltoffen, tolerant und gewaltfrei“. Die Stadt Göttingen bekennt sich zur Vielfalt und lebt eine offene Willkommenskultur.ⁱⁱ Als Universitätsstadt mit einer langen Tradition pflegt Göttingen den Humanismus. Persönlichkeiten wie die Göttinger Sieben, die sich gegen Einschränkungen der Bürger- und Menschenrechte einsetzten, sind heute unsere Vorbilder. In dieser Tradition sieht sich der Rat der Stadt Göttingen dazu verpflichtet, sich gegen die Kriminalisierung der Rettung von Menschenleben zu positionieren. So wie der Rat der Stadt Göttingen die Drohungen gegenüber kommunalen Mandatsträger*innen und Gewaltanwendung gegen Andersdenkende verurteiltⁱⁱⁱ, so erklärt er sich solidarisch mit den privaten Seenotrettungsorganisationen auf dem Mittelmeer, die sich massiven Diffamierungen, Bedrohungen und Anschuldigungen ausgesetzt sehen.^{iv}

Deswegen fordert der Rat der Stadt Göttingen:

- Die „luventa“ muss unverzüglich an Jugend Rettet zurückgegeben werden, damit sie weiter Geflüchtete aus dem Meer retten kann. Dafür muss sich die Bundesregierung einsetzen. Gerichte können die Vorwürfe auch ohne Festsetzung des Rettungsschiffes prüfen.
- Angebliche Beweise gegen NGOs für kriminelle Aktivitäten müssen öffentlich gemacht und den Organisationen zur Verfügung gestellt werden. Diffamierungen und Fehlinformationen haben keinen Platz in der öffentlichen Debatte.
- Die EU muss die Rettungsmission im Mittelmeer übernehmen, damit die NGOs ihren Einsatz einstellen können. Bis dahin müssen diese unterstützt werden.
- Geflüchtete dürfen nicht in Gefahr für Leib und Leben nach Libyen zurückgeschickt werden. Die EU darf die völkerrechtswidrig und teils kriminell agierende libysche „Küstenwache“ nicht unterstützen.^v
- Bundesregierung und EU sind aufgefordert, durch die Schaffung sicherer und legaler Fluchtmöglichkeiten und durch effektive Fluchtursachenbekämpfung die Flucht über das Mittelmeer unnötig zu machen.

- Der Oberbürgermeister möge sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, die zugesagten Relocation-Flüchtlinge schnellstmöglich nach Deutschland zu holen und erklärt gegenüber der Bundesregierung, 50 von diesen sofort im Rahmen des Königssteiner Schlüssels aufzunehmen.^{vi} Der Oberbürgermeister verurteilt im Namen des Rats der Stadt Göttingen die aktuelle Abschottungspolitik der Bundesregierung aufs Schärfste^{vii}.

Zum Hintergrund:

Am 31.07.2017 wurde das Schiff „luventa“ der Seenotrettungsorganisation „Jugend Rettet e.V.“ von italienischen Behörden beschlagnahmt. Vorgeworfen wurde der Besatzung die Zusammenarbeit mit Schleusern, für die bis heute glaubhafte Belege fehlen. Die Festsetzung erfolgte kurz nachdem die NGO sich wie viele andere Seenotrettungsorganisationen geweigert hatte, einen laut wissenschaftlichem Dienst des Bundestages völkerrechtswidrigen „Verhaltenskodex“ zu unterschreiben.^{viii}

Kurz nach Ablehnung des Verhaltenskodexes übte die „Küstenwache“ in Libyen, die von der EU teils finanziert und ausgestattet wird^{ix}, immer stärker gewaltsamen Druck auf die noch fahrenden NGOs aus und drohte mit Angriffen auf Seenotrettungsbote in internationalen Gewässern.^x Daraufhin mussten sich fast alle Schiffe zum Schutz ihrer Besatzungen aus ihren Rettungseinsätzen zurückziehen.

ⁱ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/seenotrettung-mittelmeer-fluechtlinge-boote-ngos-marine>

ⁱⁱ http://www.gruene-goettingen.de/userspace/NS/kv_goettingen/Dateien/Ratsfraktion/Antraege/160819_Dringlichkeitsantrag_Resolution_Goettingen_ist_bunt_weltoffen_tolerant_und_gewaltfrei.pdf

ⁱⁱⁱ http://www.gruene-goettingen.de/userspace/NS/kv_goettingen/Dateien/Ratsfraktion/Antraege/161216_Austauschvorlage_Top_10_Resolutions_Drohungen_02.pdf

^{iv} <https://rettung-ist-kein-verbrechen.de/bewertung-bilder-ngos-schlepper/>

^v <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Libysche-Kuestenwache-unterstuetzt-Schleuserbanden>, <http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/libysche-kuestenwache-100.html>

^{vi} <http://50ausidomeni.de/>

^{vii}

https://www.facebook.com/tagesschau/videos/10155777231234407/?hc_ref=ARQm61jrQZPJb0xAFa0isViGFZ5lrAaCtsTse-ISuDN7y7m6WNU-Caq24DJ7TGw1Kw&pnref=story

^{viii} <https://sehrgutachten.de/bt/wd2/068-17-der-italienische-verhaltenskodex-fuer-private-seenotretter-im-mittelmeer-voelker-europa-und-strafrechtliche>

^{ix} <https://www.proasyl.de/news/neue-etappe-in-der-eu-fluechtlingsabwehr-ruecktransport-von-geretteten-nach-libyen/>

^x <http://www.tagesspiegel.de/politik/retter-im-mittelmeer-libysche-kuestenwache-bedroht-fluechtlingshelfer/20203780.html>